

„Trockenhafen“ für Triest in Kärnten geplant

Die ÖBB planen einen Zollfreikorridor zwischen dem Kärntner Fürtitz und Triest.

Villach. Die Pläne, das Logistikzentrum Fürtitz nahe Villach zu einem „Trockenhafen“ für den italienischen Adriaflughafen Triest – inklusive Schienen-Zollfreikorridor – zu machen, sind weit gediehen. Erste Testzüge sollen noch heuer verkehren, ein Regelbetrieb ist ab 2023 geplant, gab ÖBB-Chef Andreas Matthä am Mittwoch in Villach bekannt. Einige Details – etwa zur behördlichen Zollabwicklung und deren Digitalisierung – seien noch offen.

Weil der Platz in Häfen knapp ist, muss die Fracht ankommender Containerschiffe möglichst schnell ins Hinterland zur weiteren Abwicklung gebracht werden. Solche Trockenhäfen oder „dry ports“ gibt es normalerweise im selben Land, Fürtitz werde der erste Trockenhafen in einem anderen Staat innerhalb der EU, hieß es. Der Weitertransport erfolge nach der Zollabfertigung dann national und international. Der Großteil der Güter, die in Triest ankommen, sei für Österreich, Deutschland, Ungarn und Tschechien bestimmt. Aktuell hat das Logistikzentrum in Fürtitz eine Kapazität zur Abwicklung von 100.000 20-Fuß-Containern im Jahr, die Auslastung liegt bei rund 40 Prozent. Pläne zu einem Ausbau seien vorhanden, so Matthä. (APA)

„Der Markt funktioniert nicht immer“

Interview. Daniel Risch ist Regierungschef und Finanzminister von Liechtenstein. Er spricht über eingefrorenes russisches Vermögen, Marktversagen und „furchtbare“ Staatseingriffe.

VON GERHARD HOFER

Die Presse: Turbulente Zeiten sind normalerweise gute Zeiten für den Finanzplatz Liechtenstein, weil die Menschen einen sicheren Hafen für ihr Vermögen suchen. Gilt das jetzt auch? **Daniel Risch:** Das war in der Vergangenheit so, und das ist auch jetzt so. Wir merken natürlich, dass der Schwetzer-Franken-Raum im Moment stabiler ist als andere Währungsräume. Wir hören vom Finanzmarkt, dass die Anfragen da sind.

Den sicheren Hafen suchen auch wohlhabende Russen. Dennoch hat sich Liechtenstein – früher als die Schweiz – den EU-Sanktionen angeschlossen. Warum? Diese Entscheidung fällten wir mitten in der Nacht. Als Russland die Ukraine überfiel, war für uns klar, dass wir nicht an der Seite stehen, sondern die Sanktionen von Beginn an unterstützen. Wir sind somit eines der wenigen Nicht-EU-Länder, die diese Sanktionen mittragen. Wir waren tatsächlich ein bisschen überrascht, dass man das auf der anderen Seite des Rheins anders gesehen hat.

Das die Schweiz geizigert hat. Für uns war es keine Frage. Und mit „uns“ meine ich nicht nur die

Regierung, sondern auch die Finanzplatz-Akteure.

Ganz unumstritten ist dieser Gleichschritt mit der EU aber auch in Liechtenstein nicht. Glücklicherweise mit der Situation natürlich niemand. Aber die Diskussion im Parlament war verglichen mit anderen Ländern sehr zahm. Die Opposition monierte, ob man das so schnell durchziehen müsse, aber das waren Einzelstimmen.

In vielen EU-Ländern, auch in Österreich, gibt es vermehrt Kritik an den Sanktionen gegen Russland. Diese würden die eigenen Leute härter treffen als Russland, heißt es. Haben Sie Verständnis für diese Kritik?

Bei uns ist die Kritik noch nicht so groß. Wir haben eine Teuerung von 3,4 Prozent. Auch bei den Energiepreisen gibt es nicht diese Ausschläge. Aber je länger der Krieg und die Sanktionen andauern, umso mehr rückt das Bewusstsein in der Ukraine etwas in den Hintergrund. Was einen persönlich trifft, ist viel näher. Das ist nur menschlich. Deshalb werden die kommenden Monate sicher nicht einfacher in der politischen Diskussion.

Liechtenstein hat knapp 260 Millionen Euro eingefroren. Das sei



Liechtenstein ist nicht nur ein Finanzplatz, sondern, eines der höchst industrialisierten Länder der Welt, betont Regierungschef Risch. (Domenig)

ein Bruchteil des russischen Vermögens, das im Fürstentum veranlagt ist, sagen Experten. Was sagen Sie dazu?

Wir haben eingefroren, was auch tatsächlich da ist. Aber das umfasst nicht jene Bereiche, in denen wir etwa anderen Ländern Hinweise über Vermögenswerte gegeben haben. Es gab ja auch Berichte etwa über Yachten, die andersorts sichergestellt wurden. Liechtenstein

ist nicht der Ort, an dem Oligarchen Villen oder Yachten haben. Wir sind nicht St. Moritz.

Aber es gibt in Liechtenstein ansässige Firmen, die Yachten und Villen besitzen. Und da gibt es eine internationale Zusammenarbeit.

Als 2014 die Krim von Russland annektiert wurde, war Liechten-

stein nicht so begeistert von Sanktionen. Woher dieser Sinneswandel?

Was 2014 betrifft, müssen wir in ganz Europa in den Spiegel schauen. Da waren wir alle nicht wahnwitzig schnell und hart. Aus heutiger Sicht war das ein Fehler.

Der Krieg in der Ukraine hat viele die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas vor Augen ge-

führt. Wie stark ist Liechtenstein davon betroffen? Wir produzieren zwischen 20 und 25 Prozent unserer Energie selbst, alles andere müssen wir importieren. Wir sind ja pro Kopf gemessen Solarenergie-Weltmeister. Aber jeder weiß, Solarenergie funktioniert im Winter und in der Nacht nicht. Deshalb sind wir von den internationalen Strommärkten abhängig wie andere auch. Was das Gas betrifft, konnten wir im Sommer einen Vertrag abschließen, das war in Österreich Gas einspeichern dürfen.

Braucht ein Land wie Liechtenstein auch so etwas wie eine Strompreisbremse? Wir beobachten diese Entwicklungen etwa in Deutschland und Österreich. Im Unterschied zur Coronapandemie sind wir ja nicht alle gleichzeitig betroffen. Nun haben wir zum Glück ein paar Wochen mehr Zeit.

Aber es ist nicht auszuschließen, dass selbst Liechtenstein zu Staatshilfen greift? Das ist leider nicht auszuschließen. Für mich als früherer Wirtschafts- und nunmehriger Finanzminister sind staatliche Eingriffe in den Markt furchtbar. Wir Liechtensteiner sind wirtschaftsliberal, der Markt sollte überall gelten – auch bei den Steuern.

Wenn selbst Liechtenstein über Staatsinterventionen nachdenkt, was sagt das über den Markt aus?

Der Markt funktioniert nicht immer. So war es aber auch schon bei der Coronapandemie. Nun ist es der Energiebereich. Diese alten Regeln, etwa die Merit-Order-Regel beim Strom, funktionieren nicht mehr. Es wird also augenscheinlich, dass wir in dieser Si-

tuation über Systeme nachdenken müssen.

Jeder kennt Liechtenstein als Finanzplatz, dabei gibt es in Ihrem Land einige Industriebetriebe, die vermutlich ähnlich unter Liefer- und Personalengpässen leiden wie Unternehmen bei uns. Liechtenstein ist eines der höchst industrialisierten Länder der Welt. 46 Prozent unserer Bruttowertschöpfung kommen aus der Industrie. Etwas mehr als 30 Prozent entfallen auf das produzierende Gewerbe und 21 auf den Finanzplatz. Die unterbrochenen Lieferketten und der Ukraine-Krieg treffen unsere Industrie massiv. Wenn ein Unternehmen wie Hilti das Russland-Geschäft einstellt, dann ist das natürlich ein enormer Einschnitt. Nicht nur der Finanzplatz macht bei den Sanktionen mit, auch die Industrie.

Und die Abhängigkeit von China trifft Liechtenstein auch? Es gibt konkrete Beispiele, etwa Hoval, ein großer Hersteller von Wärmepumpen. Die Nachfrage nach diesen Produkten geht derzeit durchs Dach, aber es kommen die Teile aus China nicht. Diese Probleme bekomme ich aufgrund der kurzen Wege natürlich hautnah mit.

Wie schaut es mit dem Arbeitskräftemangel aus? Liechtenstein hat 40.000 Einwohner, aber 41.000 Arbeitsplätze. 22.000 Menschen pendeln täglich zu uns in die Arbeit, 9000 davon aus Österreich. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass bei uns die Arbeitsbedingungen und vor allem die Löhne sehr attraktiv sind.

Vor allem ist die Steuerlast für Unternehmen und Beschäftigte

nicht so hoch wie in Österreich. Statt Steuerwettbewerb fordern Hochsteuerländer wie Deutschland eine globale Mindeststeuer. Was hieße das für Liechtenstein? Deutschland hat es geschafft, rund 140 Länder hinter sich zu scharren. Bei uns zählt man zwölf Prozent Unternehmenssteuer. Die Mindeststeuer soll bei 15 Prozent liegen. Wir tragen das mit, wenn es für alle gleich gilt. Es darf dann aber keine Sonderwirtschaftszone einrichten. Derzeit scharren die USA ein wenig aus, Ungarn ebenso. Wenn es für alle gilt, werden wir mitziehen. Nicht freudig, aber dennoch.

Schade, dass es keine globale Höchststeuer gibt. Wir haben dieses Thema einmal sogar spaßeshalber eingebracht und gesagt: Vielleicht sollten wir darüber reden, wie viel der Staat überhaupt nehmen darf.

Aktuell steigen aber allorts die Staatsschulden aufgrund der vielen Staatshilfen. Wir haben ein ganz anderes Problem, das hat sonst kein Land. Wir haben keine Staatsschulden, sondern müssen unsere Überschüsse gut anlegen. Seit Anfang des Jahres hat das veranlagte Vermögen zwölf Prozent an Wert verloren.

Na, solche Probleme hätten andere Finanzminister gern. Ich weiß.

ZUR PERSON

Daniel Risch ist seit März 2021 Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein. Gleichzeitig ist er auch Finanzminister. Der Politiker der Vaterländischen Union (VU) war zuvor Vizekanzler und Wirtschaftsminister. Risch trat dieser Tage österreichische Regierungvertreter in Wien.

Letzter Anlauf für Reform

Für Arbeitsmarkt-Reform wird Kompromiss gesucht.

Wien. Die angekündigte Reform der Arbeitslosenversicherung ist bisher ausständig. Arbeitsminister Martin Kocher (ÖVP) ist zwar optimistisch, dass es beim aktuellsten Anlauf gelingt, eine große Reform umzusetzen. Aber dieser könnte vorerst auch ein letzter sein, sagte Kocher. „Wenn man das jetzt nicht in den nächsten Wochen hinbekommt, dann glaube ich, muss man es auch wirklich verschreiben. Dann bringt man einfach keine große Reform zusammen.“ Er hoffe, „wir schaffen einen Kompromiss“, so Kocher. Es gehe um ein insgesamt recht großes Paket. „Offen sind insgesamt drei, vier Punkte, die symbolisch-politisch wichtig sind“, sagte er zu den Verhandlungen der beiden Regierungsparteien ÖVP und Grüne.

Umsetzung ab 2024

Aber auch wenn sich die beiden doch recht unterschiedlichen Partner bis Ende Oktober/Anfang November einigen sollten, wie es Kocher in Aussicht stellt, werde eine Umsetzung erst ab Jahresende 2023 oder Jahresanfang 2024 kommen. „Wir reden von einer langfristigen und strukturellen Reform, die hoffentlich den Arbeitsmarkt im nächsten Aufschwung noch stärker unterstützt. Kurzfristig gibt es andere Maßnahmen“, sagte Kocher. An sich war geplant, die Arbeitsmarkt-Reform noch vor dem Sommer fertig zu stellen. (APA)